



Newsletter

Tirol-Büro Brüssel

Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- Endokrine Disruptoren: Eine Strategie der Zukunft zum Schutz von EU-BürgerInnen und der Umwelt 2
- Die EU-Kommission berichtet über Fortschritte Bulgariens im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens 2

Rat der Europäischen Union

- Die EU-HandelsministerInnen bereiten die Reform der WTO und des freien Datenflusses vor 3
- Freier Datenverkehr: Die EU erlässt neue Vorschriften 3
- Entwicklung von IT-Systemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht: Rat beschließt wichtigere Rolle für eu-LISA 4

Europäisches Parlament

- EU-Rat und EU-Parlament vereinbaren das "European Accessibility Act" 5
- Neue ehrgeizige Ziele für Energieeffizienz und erneuerbare Energien 5
- Rumänien: Die Abgeordneten sind zutiefst besorgt über die Unabhängigkeit der Justiz und die Rechtsstaatlichkeit 6
- Merkel: Nationalismus und Egoismus dürfen in Europa nie wieder eine Chance haben 6
- Parlament deckelt Preise für Anrufe innerhalb der EU, billigt Notfallwarnsystem 7
- Das EU-Parlament unterstützt die Senkung der CO2-Emissionen von LKW 7
- Terrorismusbekämpfung: Sonderausschuss des EU-Parlaments fordert engere Zusammenarbeit der EU 8

Laufende Konsultationen	9
Tagesordnungen der Institutionen	10
Impressum	10

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Europäische Kommission

Endokrine Disruptoren: Eine Strategie der Zukunft zum Schutz von EU-BürgerInnen und der Umwelt

Die EU-Kommission hat am 07. November eine Mitteilung angenommen, mit der sie ihre Zusage bekräftigt, BürgerInnen sowie die Umwelt vor gefährlichen Chemikalien zu schützen.

Mit der Mitteilung kommt die EU-Kommission ihrer Verpflichtung aus dem letzten Jahr anlässlich der Ausarbeitung der Kriterien zur Identifizierung endokriner Disruptoren bei Pflanzenschutzmitteln und Bioziden in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten nach. Sie trägt ferner den Bedenken vonseiten des EU-Parlaments und des EU-Rates Rechnung und baut auf dem 7. Umweltaktionsprogramm auf.

Damit aktualisiert die EU-Kommission ihr Konzept für die kommenden Jahre auf der Grundlage des Wissens-, Ergebnis- und Erfahrungszuwachses in den zwanzig Jahren seit Annahme der Gemeinschaftsstrategie für

Umwelthormone. Der strategische Ansatz der EU im Umgang mit endokrinen Disruptoren wird auch weiterhin fest in den Erkenntnissen der Wissenschaft und im Vorsorgeprinzip verankert sein.

In der am 07. November angenommenen Mitteilung werden ferner die derzeit erwogenen Initiativen dargelegt, mit denen die Kommission sicherstellen will, dass die bestehenden Politikmaßnahmen betreffend endokrine Disruptoren in vollem Maße umgesetzt werden.

[Mehr Informationen](#)

Die EU-Kommission berichtet über Fortschritte Bulgariens im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens

Die EU-Kommission hat am 13. November ihren jüngsten Bericht über die Maßnahmen Bulgariens und Rumäniens zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen in den Bereichen Justizreform und Korruptionsbekämpfung sowie im Falle der organisierten Kriminalität Bulgariens im Rahmen des Kooperations- und Überprüfungsmechanismus (CVM) veröffentlicht.

Der Bericht über Bulgarien befasst sich mit den Fortschritten, und nimmt die anhaltenden Bemühungen und den Willen Bulgariens zur Umsetzung dieser Empfehlungen positiv zur Kenntnis. Die EU-Kommission ist zuversichtlich, dass Bulgarien in der Lage sein wird, alle übrigen Empfehlungen und damit die noch ausstehenden Benchmarks zu erfüllen. Dies wird es ermöglichen, dass der CVM-Prozess für Bulgarien vor Ablauf des Mandats dieser Kommission abgeschlossen werden kann. Für Rumänien stellt der Bericht fest, dass das Land zwar einige Schritte unternommen hat, um die letzten 12 Empfehlungen der Kommission vom Januar 2017 umzusetzen, die jüngsten Entwicklungen jedoch den Fortschritt umgekehrt haben und die bereits

im Januar 2017 vorgenommene positive Bewertung in Frage stellen. Die Empfehlungen reichen nicht mehr aus, um der Orientierung von Präsident Jean-Claude Juncker zu entsprechen, den CVM-Prozess vor Ablauf des Mandats dieser Kommission abzuschließen. Daher enthält der Bericht eine Reihe zusätzlicher Empfehlungen für eine sofortige Weiterverfolgung. Die sofortige Umsetzung der zusätzlichen Maßnahmen ist unerlässlich, um den Reformprozess wieder in Gang zu bringen und den im Bericht vom Januar 2017 dargelegten Weg zum Abschluss des CVM wieder aufzunehmen.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Rat der Europäischen Union

Die EU-HandelsministerInnen bereiten die Reform der WTO und des freien Datenflusses vor

Am 09. November berieten die EU-Handelsministern in Brüssel über die Reform und die Modernisierung der Welthandelsorganisation (WTO), sowie über die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA.

Die EU-FinanzministerInnen haben über den freien Datenfluss die Basis geschaffen, die Beschränkungen der Datenlokalisierung zu verbieten, die die Mitgliedstaaten dem geografischen Standort für die Speicherung oder Verarbeitung von nicht personenbezogenen Daten auferlegen, es sei denn, diese Beschränkungen sind aus Gründen der öffentlichen Sicherheit gerechtfertigt. Die Behörden der Mitgliedstaaten haben weiterhin Zugang zu den Daten. Die EU erwartet ein Wirtschaftswachstum bis 2020 bis 97 Mrd. EUR aus dem digitalen Binnenmarkt.

Zum *FDI-screening* wollen die EU-FinanzministerInnen die freie Marktwirtschaft einschränken, sondern um den Schutz der kritische Infrastrukturen. Dieser Mechanismus ist kein Schutzschirm gegen Investitionen aus China, sondern gelte für alle nicht-EU-Investoren, die

eine Bedrohung für den Standort Europa darstellen.

Bei der Reform der Welthandelsorganisation (WTO) arbeitet Europa mit vielen Ländern zusammen, um die Regeln der WTO zu aktualisieren und aufzubewahren, dass die WTO weiterhin relevant ist. Dafür soll die WTO neue Regeln für Subventionen entwickeln, z.B. für erzwungene Technologietransfers. In der kommenden Woche werden in die USA Gespräche über die praktische Umsetzung der Vereinbarung von Juli 2018 zwischen der EU und den USA stattfinden. Die betroffenen Sektoren werden Bereichen wie Pharma, Medizinprodukte, Cybersicherheit, und den Verkauf von amerikanischen LNG-Gas an der EU.

[Mehr Informationen](#)

Freier Datenverkehr: Die EU erlässt neue Vorschriften

Der Rat hat am 09. November die Reform, durch die Hindernisse im freien Verkehr nicht personenbezogener Daten innerhalb der EU beseitigt werden, genehmigt.

Die neuen Vorschriften sollen die Datenwirtschaft und die Entwicklung neuer Technologien stimulieren. Am 19. Juni 2018 wurde eine vorläufige Einigung mit dem EU-Parlament geschlossen.

Durch die Reform werden von den Mitgliedstaaten auferlegte Beschränkungen für die Datenlokalisierung bezüglich des geografischen Standorts für die Speicherung und Verarbeitung nicht personengebundener Daten verboten, sofern diese Beschränkungen nicht aus Gründen der öffentlichen Sicherheit gerechtfertigt sind. Die Behörden der Mitglied-

staaten werden weiterhin Zugang zu Daten haben, selbst wenn diese in einem anderen Mitgliedstaat lokalisiert sind. Unter Umständen müssen Daten beispielsweise für Regulierungs- und Aufsichtszwecke zugänglich sein.

Mit der Verordnung wird auch die Entwicklung von Verhaltensregeln gefördert, um es den Nutzern von Datenverarbeitungsdiensten zu erleichtern, den Anbieter zu wechseln oder ihre Daten zurück in ihre eigenen IT-Systeme zu übertragen.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Rat der Europäischen Union

Entwicklung von IT-Systemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht: Rat beschließt wichtigere Rolle für eu-LISA

Der Rat hat am 09. November eine Verordnung angenommen, mit der das Mandat von eu-LISA weiterentwickelt wird. Durch die Verordnung wird der Agentur eine wichtige Rolle bei der Implementierung der neuen IT-Architektur im Bereich Justiz und Inneres (JI) übertragen.

Die EU-Agentur, die für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen bei der Umsetzung der EU-Politik der Zusammenarbeit in den Bereichen Grenzmanagement, Migration und Strafverfolgung verantwortlich ist (eu-LISA), wird gestärkt.

Durch die Verordnung wird die Agentur insbesondere mit der Entwicklung und dem Betrieb neuer Systeme (z.B. Einreise-/Ausreisensysteme), mit der Leistung von Beiträgen

zur Entwicklung der technischen Lösungen zur Erreichung der Interoperabilität, mit der Unterstützung der Mitgliedstaaten auf deren Antrag hin (z. B. Migration, Hilfe bei der Entwicklung von gemeinsamen Lösungen für die Umsetzung ihrer rechtlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit dezentralen Systemen im JI-Bereich) und mit einer größeren Rolle in der Forschung sowie bei Pilotprojekten und Tests betraut.

[Mehr Informationen](#)

Brexit-Verhandler einigen sich auf Austrittsabkommen: Ratspräsident Tusk beruft Sondergipfel ein

Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich haben sich auf Ebene ihrer Chefunterhändler auf ein Austrittsabkommen und auf wesentliche Elemente einer politischen Erklärung zu den künftigen Beziehungen geeinigt. „Dies ist ein wichtiger Moment in diesen außerordentlichen Verhandlungen“, sagte EU-Chefunterhändler Michel Barnier am Mittwochabend in Brüssel. Ratspräsident Donald Tusk kündigte am 15. November an, dass ein Brexit-Sondergipfel am Sonntag, den 25. November die Brexit-Vereinbarung formalisieren soll – sofern bis dahin „nichts Außergewöhnliches passiert“. Bevor das Austrittsabkommen in Kraft treten kann, muss es von der EU im Rat und im Europäischen Parlament und dem Vereinigten Königreich ratifiziert werden. „Es bleibt noch viel zu tun“, sagte Barnier.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

EU-Rat und EU-Parlament vereinbaren das "European Accessibility Act"

Wichtige Produkte und Dienstleistungen wie Smartphones, Ticketautomaten und Bankdienstleistungen werden für Menschen mit Behinderungen besser zugänglich gemacht.

Die neue Richtlinie, die am 08. November von den Verhandlungsführern des Parlaments und des Rates vorläufig verabschiedet wurde, zielt darauf ab, das tägliche Leben von Menschen mit Behinderungen zu verbessern und die Unternehmen zu ermutigen, Innovationen mit besser zugänglichen Produkten und Dienstleistungen durchzuführen. Rund 80 Millionen Menschen in der EU leben teilweise mit einer Behinderung.

Das "European Accessibility Act" (EAA) legt Anforderungen fest, um eine Reihe von Produkten und Dienstleistungen besser zugänglich zu machen. Darunter gehört z.B. Geldautomaten und andere Zahlungsterminals, PCs und Betriebssysteme, Smartphones, Tablets und TV-Geräte, E-

Books und spezielle Software und auch Personenbeförderungsdienste.

Die Anforderungen an die Zugänglichkeit sind derzeit in den EU-Ländern unterschiedlich. Um die gebaute Umwelt "kontinuierlich und schrittweise zugänglicher" für Behinderte zu machen, werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre unterschiedlichen Anforderungen so weit wie möglich aufeinander abzustimmen. Dazu werden Kleinunternehmen, die Dienstleistungen erbringen, von der Richtlinie ausgenommen, und diejenigen, die Produkte bereitstellen, sind von einigen Verpflichtungen ausgenommen, um zu vermeiden, dass sie eine "unverhältnismäßige Belastung" erleiden.

[Mehr Informationen](#)

Neue ehrgeizige Ziele für Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Das EU-Parlament billigt ein verbindliches Ziel für 2030 für erneuerbare Energien und ein Richtziel für die Energieeffizienz als entscheidenden Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der EU.

Bis 2030 muss sich die Energieeffizienz in der EU um 32,5 % verbessert haben, während der Anteil der Energie aus erneuerbaren Energien mindestens 32 % des Bruttoendverbrauchs der EU betragen sollte. Beide Ziele sollen bis 2023 überprüft werden.

Europa wird seine Abhängigkeit von auswärtigen Lieferanten von Öl und Gas verringern, die lokale Luftqualität verbessern und das Klima schützen. Erstmals sind die Mitgliedstaaten auch verpflichtet, Maßnahmen zur Energieeffizienz zugunsten der von Energiearmut betroffenen Haushalte zu ergreifen. Außerdem dürfen die Verbraucher in der Union Energie aus erneuerbaren Quellen künftig nicht nur für den Eigenbedarf erzeugen, speichern und verkaufen.

Biokraftstoffe der zweiten Generation können eine wichtige Rolle bei der Verringerung des CO₂-Ausstosses im Bereich Verkehr spielen, und bis 2030 müssen mindestens 14% des Kraftstoffs für Verkehrszwecke aus erneuerbaren Quellen stammen. Ab 2019 wird der Beitrag der Biokraftstoffe der ersten Generation zu diesen Zielen schrittweise eingestellt.

Jeder Mitgliedstaat muss bis zum 31. Dezember 2019 und danach alle zehn Jahre einen zehnjährigen "integrierten nationalen Energie- und Klimaplan" mit nationalen Zielen, Beiträgen, Strategien und Maßnahmen vorlegen.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäisches Parlament

Rumänien: Die Abgeordneten sind zutiefst besorgt über die Unabhängigkeit der Justiz und die Rechtsstaatlichkeit

Das EU-Parlament ist über die Reform des rumänischen Justiz- und Strafrechts "zutiefst besorgt", da diese die Gewaltenteilung und den Kampf gegen die Korruption untergraben könnte.

In einer Entschließung vom 13. November fordern die Europaabgeordneten die rumänischen Behörden auf, Garantien zu ergreifen, um zu vermeiden, dass das System der gegenseitigen Kontrolle umgangen wird, und allen Maßnahmen entgegenzuwirken, die die Korruption entkriminalisieren. Die Europaabgeordneten schlagen eine stärkere parlamentarischen Kontrolle der rumänischen Nachrichtendienste durch das rumänische Parlament vor.

Die Abgeordneten warnen auch davor, dass die Rechtsvorschriften über die Finanzierung, Organisation und Arbeitsweise von NRO die Zivilgesellschaft potenziell einschüchtern könnten, und stellen fest, dass sie gegen den Grundsatz der Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Privatsphäre verstoßen könnten.

Das EU-Parlament fordert die EU-Kommission auf, ihre jährliche Überwachung der Korruptionsbekämpfung in allen EU-Mitgliedstaaten wieder aufzunehmen, und schlägt ein System strenger Indikatoren vor, um das Ausmaß der Korruption in jedem Land zu messen und ihre Anti-Korruptionsmaßnahmen zu bewerten. Nach Ansicht des EU-Parlaments ist auch ein Prozess zur Bewertung der Achtung der Demokratie, der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit erforderlich.

[Mehr Informationen](#)

Merkel: Nationalismus und Egoismus dürfen in Europa nie wieder eine Chance haben

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Dienstag mit den Abgeordneten und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker über die Zukunft Europas debattiert.

„Toleranz ist die Seele Europas und ein unverzichtbarer Grundwert der europäischen Idee“, so Angela Merkel. Diese Seele wurde in den vergangenen Jahren allerdings strapaziert durch eine Vielzahl unterschiedlicher Herausforderungen. Dafür müssen die EuropäerInnen „die Interessen und Bedürfnisse des anderen als unsere eigenen verstehen. Das ist Solidarität. Solidarität gründet auf Toleranz und dies ist Europas Stärke“. Sie sprach sich auch für die Bewahrung der Pressefreiheit und des Rechtsstaats in Europa. In Bezug auf die Eurozone kritisierte sie auch alle „diejenigen, die Probleme alleine durch neue Schulden zu lösen versuchen“.

Mit Blick auf die Außen- und Sicherheitspolitik sprach sich Frau Merkel dafür aus eine gemeinsame europäische Armee zu schaffen, als Ergänzung zur NATO. Europa müsse auch sein Schicksal stärker in

die eigenen Hände nehmen. Sie unterstrich des Weiteren die Bedeutung ökonomischen Erfolgs, von Forschung und Innovation für Europa. Europa müsse auch in der Migrationsfrage einen gemeinsamen Weg finden, wozu etwa die Schaffung gemeinsamer europäischer Asylverfahren gehört.

„Europa ist unsere beste Chance für Frieden, Wohlstand und eine gute Zukunft. Wir dürfen diese Chance nicht vertun, das schulden wir uns selbst und vergangenen und künftigen Generationen. Nationalismus und Egoismus dürfen in Europa nie wieder eine Chance haben. Toleranz und Solidarität sind unsere gemeinsame Zukunft“, so Angela Merkel abschließend.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäisches Parlament

Parlament deckelt Preise für Anrufe innerhalb der EU, billigt Notfallwarnsystem

Die Abgeordneten haben am 14. November das Telekom-Paket gebilligt, das die Kosten für Anrufe innerhalb der EU begrenzt. Auch sollen ab 2020 superschnelle 5G-Netze europaweit bereitstehen.

Das EU-Parlament bestätigte am 14. November die mit dem Ministerrat im Juni erzielten vorläufigen Einigungen über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (EWGC). Die neuen Regeln bieten BürgerInnen superschnelle Internetverbindungen. Anrufe innerhalb der EU werden sicherer und wesentlich günstiger. Gleichzeitig schaffen klare regulatorische Vorgaben ein sicheres Umfeld für die sehr hohen Investitionen der Telekommunikationsunternehmen in 5G-Mobilfunknetze.

Bereits seit 2017 müssen EU-Bürger dank der EU-Regeln für das Roaming zu Inlandspreisen auf Reisen in anderen EU-Ländern keine zusätzlichen Roamingentgelte bezahlen. Die neue Gesetzgebung begrenzt nun ab dem 15. Mai 2019 auch Anrufe in ein anderes EU-Land auf 19 Cent pro Minute. Nur

maximal 6 Cent dürfen dann für eine Textnachrichte (SMS) verlangt werden. So wird es für alle erschwinglich, mit Freunden und Familie in anderen EU-Mitgliedstaaten in Kontakt zu bleiben.

Darüber hinaus verschärft die Gesetzesreform bestehende Sicherheitsanforderungen, etwa für die Verschlüsselung der Inhalte, und schützt so Smartphone-Nutzer besser.

Schließlich müssen die Mitgliedstaaten die Einführung von 5G erleichtern, indem sie bis 2020 ein geeignetes Spektrum zur Verfügung stellen.

[Mehr Informationen](#)

Das EU-Parlament unterstützt die Senkung der CO2-Emissionen von LKWs

Am 14. November hat das EU-Parlament die Pläne zur Senkung der CO2-Emissionen bis 2030 für LKWs unterstützt.

Die Europaabgeordneten haben ein höheres Ziel (35%) als die EU-Kommission (30%) für neue LKWs angenommen, um die Treibhausgasemissionen der EU bis 2030 zu reduzieren, mit einem Zwischenziel von 20% bis 2025. Die Automobilhersteller müssen nun sicherstellen, dass emissionsfreie und emissionsarme Fahrzeuge (die mindestens 50 % weniger Emissionen emittieren) bis 2030 einen Marktanteil von 20 % am Umsatz mit neuen Fahrzeugen und bis 2025 von 5 % ausmachen. Vor 2020 sollte die EU-Kommission Pläne für eine reale CO2-Emissionsprüfung für Straßenemissionen vorlegen.

Die Europaabgeordneten erkennen auch an, dass ein sozial akzeptabler und gerechter Übergang zur emissionsfreien Mobilität Veränderungen entlang der gesamten automobilen Wertschöpfungskette mit möglichen negativen sozialen Auswirkungen erfordert.

Im Bericht 2022 sollte die EU-Kommission an einer möglichen Bewertung des gesamten Lebenszyklus der CO2-Emissionen von schweren LKWs arbeiten und gegebenenfalls Berichtspflichten für die Hersteller vorschlagen.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Terrorismusbekämpfung: Sonderausschuss des EU-Parlaments fordert engere Zusammenarbeit in der EU

Europol sollte zu einer echten "Anlaufstelle" für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung auf EU-Ebene werden, erforderlichenfalls mit einem stärkeren Mandat.

Der Sonderausschuss zur Terrorismusbekämpfung des EU-Parlaments hat am 13. November am Abend seinen Abschlussbericht angenommen, der ein breites Spektrum von Maßnahmen enthält, die die EU so schnell wie möglich ergreifen sollte, um ihre Reaktion auf die terroristische Bedrohung zu verbessern.

Der Berichtsentwurf zeigt die bestehenden Lücken bei der Terrorismusbekämpfung auf EU-Ebene auf und unterbreitet eine Reihe von Vorschlägen zur Überwindung dieser Lücken und zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten.

Der Sonderausschuss schlägt neue Maßnahmen vor, um die Radikalisierung, und die Terrorismusfinanzierung zu verhindern, die justizielle

Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verstärken, den Informationsaustausch und den Schutz der Außengrenzen zu fördern, die Frage der Rechte der Opfer des Terrorismus anzugehen und wie sie unterstützt werden können.

Der Ausschuss fordert den nächsten Präsidenten der EU-Kommission auf, ein eigenständiges Portfolio für den EU-Kommissar für die Sicherheitsunion zu unterhalten, und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, rasch Informationen auszutauschen, wenn sich die Bedrohungslage ändert.

[Mehr Informationen](#)



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Ex-post evaluation of the Trans-European Transport Network \(TEN-T\) programme 2007-2013](#)

Verkehr

15. November 2018 – 14. Februar 2019

[Öffentliche Konsultation zur Empfehlung für vernetzte und automatisierte Mobilität \(CAM\)](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

24. Oktober 2018 – 04. Dezember 2018

[Consultation on the establishment of the annual priority lists for the development of network codes and guidelines for 2019 and beyond](#)

Energie

15. Oktober 2018 – 25. Januar 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Gaspar Kostajnssek, M.A.